



DENUNZIATIONSPORTALE

# Wehret den Anfängen!

Kolleg\_innen wie Schüler\_innen reagieren mittlerweile heftig auf die Versuche der AfD, die Meinungsfreiheit an Schulen einzuschränken

Die Schüler\_innenkammer, der DGB und die GEW hatten alle direkt Betroffenen dazu aufgerufen, für die Wahrung elementarer demokratischer Rechte auf die Straße zu gehen. Ziel des Demozuges: Die Hamburger Parteizentrale der AfD. Die Stimmung auf der Versammlung im Curio-Haus vor der Demo war gespannt-kämpferisch. Es waren so viele gekommen, dass nicht alle in die Räume ABC passten, so dass einige im Vorraum, der Rotunde ordentlich die Ohren spitzen mussten, um von den Beiträgen etwas mitzubekommen.

Auf dem Podium saßen unsere Vorsitzende Anja Bensing-Stolze und Fredrik Dehnerdt als einer ihrer Stellvertreter, der DGB hatte Christian Kröhnke in Vertretung für die Vorsitzende Katja Karger geschickt und für die Schüler\_innenkammer saß deren Vorsitzender Liam Zergdjenah mit am Tisch. Bevor später mit fast 1000 Beteiligten die Demo losging, wurde annähernd zwei Stunden lebhaft darüber diskutiert, wie man gegen diese von der Boulevard-Presse so benannten Petzportale vorgehen sollte.

Fredrik, der sich in der GEW von Anbeginn der Sache angenommen hatte, wies noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass Neutralität nicht heiße, dass man als Lehrer\_in meinungslos

den Schüler\_innen gegenüber auftreten müsse, was Anja später in ihrer Rede auf der Abschlusskundgebung untermauerte: Die Kultusministerkonferenz erläutere dies nämlich genauer: „Dort wo Schülerinnen und Schüler Standpunkte äußern, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten nicht vereinbar sind, dürfen Lehrerinnen und Lehrer diese keineswegs unkommentiert oder unreflektiert lassen. Respekt vor Freiheit und Meinung des Andersdenkenden bedeutet jedoch nicht Beliebigkeit und Neutralität.“ Die Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz dürften niemals zur Disposition stehen, so unsere Vorsitzende weiter.

Kai Kobelt, Vorsitzender der Lehrer\_innenkammer, ergänzte: Auch wenn diese Plattform

anscheinend von niemandem genutzt werde, so sei sie doch ein Symbol, das uns an die Zeit zwischen 1933 und 1945 erinnere. Wir wehren uns gegen eine intransparente, manipulative und Vertrauen zerstörende, anonyme Plattform, die der Denunziation von Kolleginnen und Kollegen Tür und Tor öffnet, so Kai in seiner Rede. Er schloss mit den Worten: „Wehret den Anfängen!“

Christian Kröhnke vom DGB zitierte Hannah Arendt mit den Worten: „Niemand hat das Recht zu gehorchen!“ und fuhr fort: „Es ist unsere Pflicht (...) eine freie und demokratische Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Und das zeigen wir heute und auch in Zukunft!“

Und dann kam Liam Zergdjenah von der Landesschüler\_innenvertretung. In einer feurigen Rede geißelte er nochmals das



**Aufgebrachte Stimmung im Curio-Haus – Generationen übergreifend – gegen den Versuch der AfD, die Meinungsfreiheit einzuschränken**

Vorgehen der AfD. „Wir Schüler und Schüler\_innen werden von der Alternative für Deutschland instrumentalisiert. Wir werden den 220.000 Schülerinnen und Schüler in Hamburg deutlich machen, dass diese Plattform den Schulfrieden gefährdet!“ Und in Bezug auf das Neutralitätsgebot mahnte der Vorsitzende der Schüler\_innenkammer: „Sowohl Lehrer\_innen als auch Schüler\_innen dürfen menschenfeindliche Aussagen im Unterricht nicht dulden und unsere Eindrücke der Vergangenheit bestätigen, dass wir hierzu keine extremistische Partei benötigen, um solche Fälle zu erkennen, das schaffen wir auch allein.“

Aber zum Glück war man nicht allein auf der Demo. Ei-

gentlich war Regen angesagt gewesen, aber plötzlich war es nahezu frühlinghaft warm. Für eine kurze Zeit konnte mensch einen „Spirit“ spüren, der – begünstigt wohl durch die üppi-ge weihnachtliche Dekoration in der Innenstadt – das Gefühl entstehen ließ, als wüchsen einem Flügel. Was da an diesem Abend in dieser von der Weihnachtsbeleuchtung in eine Glitzerwelt verwandelten Innenstadt aufflackerte, war die spürbare Bereitschaft der Demonstrierenden – und dies wahrhaft generationsübergreifend –, sich für ihre demokratischen Rechte einzusetzen. Dies entsprach in würdiger Form dem, was vor noch gar nicht langer Zeit die Schüler\_innenkammer als Parole ausgege-



**Liam Zergdjenah sprach stellvertretend für 220 000 Hamburger Schüler\_innen**

ben hatte: „Bringt die Politik auf die Straße!“ Im besten Sinne also gelebte Demokratie.

JOACHIM GEFFERS

## PRESSEMITTEILUNGEN DER GEW

### Zur Denunzierung engagierter Lehrkräfte

Das AfD-Portal zur Denunzierung engagierter Lehrkräfte ist seit zwei Monaten freigeschaltet. Seitdem verkündet die AfD, dass ihr viele Berichte zugeleitet würden und sie diese als angebliche Verstöße gegen das Neutralitätsgebot an die Behörde weiterleiten wolle. Gemeldet hat sie bisher – nichts.

„Dieser Sachverhalt zeigt, dass die AfD zwar viel heiße Luft verbreitet, ihre vermuteten Verstöße aber gar nicht stattfinden. Ihre Behauptung, Schülerinnen und Schüler würden einseitig beeinflusst, hat sie nun selber widerlegt. Ihre Versuche, Lehrkräfte einzuschüchtern und Schülerinnen und Schüler zu instrumentalisieren, wurden und werden von diesen erfreulich deutlich zurückgewiesen. So haben sich die SchülerInnen- und die Lehrerkammer gegen das Portal ausgesprochen, und viele Kollegien haben sich auch öffentlich gegen das Portal positioniert“, kommentiert Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

PM v. 21.11.2018

#### **Offene Briefe zum AfD-Meldeportal sind zulässig**

Im Kontext der Debatte um das AfD-Portal zur Denunzierung politisch engagierter Lehrkräfte haben mehrere Lehrkräfte, teilweise ganze Kollegien, Offene Briefe verfasst, in denen dieser Versuch, Einfluss auf Schule zu nehmen, deutlich zurückgewiesen und sich kritisch mit der AfD

auseinandergesetzt wird. In einer Anfrage an den Senat wollte die AfD nun wissen, ob diese Briefe rechtlich zulässig seien. In ihrer Antwort stellt die Schulbehörde klar, dass sich diese Äußerungen im Rahmen dessen bewegen, was den Lehrkräften an Meinungsfreiheit zusteht.

„Wir begrüßen die deutliche Aussage der Behörde, dass das Neutralitätsgebot nicht mit Wertneutralität verwechselt werden darf. Wir begrüßen, dass sie sich vor die engagierten Lehrkräfte stellt. Ihre Antwort verdeutlicht erneut, dass die AfD nicht verstanden hat, was politische Neutralität überhaupt bedeutet. Verbieten will sie, was ihr nicht gefällt. Sie denunziert Lehrkräfte und instrumentalisiert Schülerinnen und Schüler für ihre rechtspopulistischen Anliegen. Wir begrüßen die klare Haltung vieler Lehrkräfte und der Behörde ausdrücklich“, kommentiert Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender GEW Hamburg.

Konkret bezog sich die Anfrage auf die Offenen Briefe von Lehrkräften der Max-Brauer-Schule, der Stadtteilschule Rissen und des Goethe-Gymnasiums. Weitere Briefe gibt es von Lehrkräften der Stadtteilschulen Helmuth Hübener und Blankenese. Die Briefe finden sich online, teilweise auch auf den jeweiligen Schul-Homepages. Mehrere Stadtteilschulen und Gymnasien planen ähnliche Briefe.

PM v. 30.11.2018

# Nachhilfe für AfD-Fraktion

Der Brief der Kolleg\_innen der Max-Brauer-Schule steht stellvertretend für die mittlerweile vielen anderen, von denen die GEW Kenntnis erhalten hat

Auf Ihrer Website bieten Sie die (anonyme) Möglichkeit, Lehrerinnen und Lehrer zu melden, bei denen ein „Anfangsverdacht“ besteht, das schulische Neutralitätsgebot nicht zu beachten. Sie schrecken vor dem Zynismus nicht zurück, dies mit dem Kampf „für Meinungsfreiheit und damit für eine lebendige Demokratie“ zu begründen.

Wir sind der Auffassung, dass Sie das Neutralitätsgebot an Schulen missverstehen und versuchen, uns dadurch einzuschüchtern.

Wir begreifen Ihr Portal als Aufforderung zum Denunziantentum und lehnen diesen Zensurversuch als politische Unkultur entschieden ab.

Hiermit beanspruchen wir folgende Punkte für uns:

- Wir informieren sehr kritisch über die Inhalte und Strategien der AfD und anderer Parteien und Gruppierungen mit demokratiefeindlichen Absichten.
- Wir weisen Schülerinnen und Schüler explizit darauf hin, welche Gefahren von einem Erstarken der AfD für die freiheitlich demokratische Grundordnung ausgehen können.
- Wir erarbeiten mit Schülerinnen und Schülern im Unterricht die in mindestens Teilen der AfD vorherrschende ablehnende Haltung gegenüber Pressefreiheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.
- Der Grundsatz der Max-Brauer-Schule lautet „Vielfalt ist Reichtum“. Wir sprechen an, dass wir dieses Prinzip durch eine Partei gefährdet sehen, deren Führungspersonal etwa in Deutschland lebende Türkinnen und Türken als „Kameltreiber“ bezeichnet und Politikerinnen in Anatolien „entsorgen“ möchte.
- Wir diskutieren im Unterricht über die unterschiedlichen Spielarten der menschenfeindlichen Ideologie des Rassismus und bringen zur Sprache, dass wir diese Haltung in den Positionen und der Rhetorik der AfD wiederfinden.
- Wir thematisieren im Unterricht, dass die

wiederholte und andauernde Reduzierung komplexer Sachverhalte verbunden mit der Schuldzuweisung auf eine Minderheit, die in der AfD stattfindet, der Rhetorik gleicht, die in der Massenvernichtung von Millionen von Menschen und einem Weltkrieg endete - was von Führungspersonen der AfD als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte aufgefasst wird.

- Wer in der Schule seine politische Meinung frei ausspricht, muss sich der Diskussion stellen und keinerlei Sanktionen oder Einschüchterungen erwarten. Dieses Prinzip gilt in erster Linie für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für uns Lehrkräfte.
- Wir hetzen nicht. Wir bilden die politische Debatte um den Charakter der AfD in unserem Unterricht ab und beziehen dazu Stellung (Beutelsbacher Konsens).

Wir sind der Überzeugung, dass es unsere Pflicht ist, unsere Schülerinnen und Schüler über die Instrumentarien einer wehrhaften und lebendigen Demokratie aufzuklären und sie zu ermutigen, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Wir handeln dabei nicht entgegen den Grundsätzen unseres Berufsstandes, sondern folgen unserem Dienstesid, in dem wir uns verpflichten, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren.

Wir möchten mit diesem offenen Brief diejenigen Kolleginnen und Kollegen stärken, die durch Ihre Beschwerden bereits unter Druck geraten sind und rufen alle Kollegien der Hamburger Schulen dazu auf, es uns gleich zu tun.

Ferner rufen wir die Schulbehörde dazu auf, die von den Angriffen der AfD betroffenen Kolleginnen und Kollegen in größtmöglichem Umfang zu schützen.

Unterzeichnet von 106 Lehrkräften  
der MAX-BRAUER-SCHULE